



Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | 11513 Berlin

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Geschäftsführung

per E-Mail: [REDACTED]

Gebietskategorisierung zur Ermittlung von Untersuchungsräumen

Sehr geehrter Herr Studt, sehr geehrter Herr Kanitz,

seit einiger Zeit plant die BGE mbH, aus den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) heraus Gebietskategorien zu ermitteln. Diese sollen in den Stufen A, B, C und D die Eignung der Untersuchungsräume clustern und nach den weiteren Bearbeitungsschritten zu den Standortregionen gem. § 14 Absatz 1, Satz 1 Standortauswahlgesetz (StandAG) führen.

Momentan beabsichtigen Sie, Ihren Fokus auf die Gebiete der Kategorie A (günstig) sowie auch B zu richten; schriftlich greifbar werden die Grundzüge dieser Planungen für das BASE praktisch nur durch Ihr Dokument „Rahmenterminplan für die Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung“ vom 28.10.2023. Erläuterungen in Veranstaltungen lassen deutlich werden, dass Sie auf diesem Weg weiter voranschreiten.

Wenn Sie in Ihrem aktuellen Schreiben vom 10.03.2023 zur „Anwendung der Ende März 2022 veröffentlichten Methode zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen“ anführen, ein fertiges Konzept inklusive zugehöriger detaillierter Methodenbeschreibung (BGE 2022b) vorgelegt zu haben, so kann ich dem nicht uneingeschränkt zustimmen. Vielmehr hat es den Anschein, dass Sie eine methodische Vorgehensweise entwickeln, die Sie schrittweise anwenden wollen, um über einen Vergleich der Standortgebiete eine Eingrenzung auf dem Weg zur Ermittlung von Standortregionen vorzunehmen. Diesen Arbeitsstand zu prüfen ist keine gesetzliche Aufgabe des BASE. Die sukzessive Ausrichtung und Anwendung Ihrer methodischen Vorgehensweise kann allerdings einen erheblichen Einfluss auf die Ermittlung der Standortregionen haben. Ich sehe hier, dass ein fließender Planungsfortschritt und der angekündigte Beginn operativer Arbeiten Ihrerseits Fakten schaffen können, die eine realistische Methodendiskussion mit dem BASE erschweren. Hier fehlt ein finaler Konzeptstand; der bisherige ließ noch eine tiefgehende Konkretisierung vermissen.

U. a. will ich auf folgendes hinweisen: Das StandAG stellt an Ihre Vergleichsmethodik verschiedene Anforderungen. Insbesondere geht es von Ergebnisoffenheit, Transparenz und Fairness gegenüber allen Untersuchungsräumen aus. Die in Gesetz und Verordnung formulierten Anforderungen sind in jedem Fall und bezogen auf jeden Untersuchungsraum einzuhalten. Deshalb steht es durchaus in Ihrem Ermessen, besonders erfolgshoffige Untersuchungsräume zusätzlich besonders sorgfältig weiter zu bearbeiten.

Datum
17. März 2023

Ihr Zeichen

Mein Zeichen
A 4 - BASE - BASE24201/01#00033

Es schreibt Ihnen:

[REDACTED]
Abteilungsleiterin
T: +49 30 184321 [REDACTED]
[REDACTED]@base.bund.de

So erreichen Sie uns:

Postadresse:
Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
11513 Berlin

**Besucher-, Zustell-
und Lieferadresse:**
Wegelystraße 8
10623 Berlin

Dienstsitz Salzgitter:
Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter

T: +49 30 184321-0
info@base.bund.de
www.base.bund.de

BASE
ABTEILUNG AUFSICHT

Deshalb dürfen sie aber trotzdem nicht die anderen Räume nach einem Standard behandeln, der hinter den gesetzlich festgelegten Anforderungen zurückbleibt.

Ich empfehle daher dringend, dass Sie uns differenzierter darlegen und begründen, wie Sie in Bezug auf die rvSU und die sich daraus ergebende Kategorisierung vorgehen wollen. Nur dann habe ich die Möglichkeit, etwaige Abweichungen vom StandAG frühzeitig zu identifizieren und meine Verantwortung für den rechtmäßigen Verlauf des Standortauswahlverfahrens wahrzunehmen.

Im Anschluss ist dann ein Austausch auf Arbeitsebene auf konkreterer Grundlage angebracht, bei dem die Ihnen und uns wichtig erscheinenden Fragen reflektiert und vertieft werden können.

Ebenso dringend möchte ich Sie bitten, vor Klärung dieser materiellen, verfahrensbezogenen Fragen nicht in die Veröffentlichung erster Kategorisierungen einzutreten. Zunächst ist methodische Sicherheit und Klarheit zu gewährleisten, bevor Ergebnisse oder Arbeitsstände der rvSU, in welcher Weise auch immer, kommuniziert werden.

Im aufsichtlichen Statusgespräch am 29.03.2023 will ich mich mit Ihnen zu dieser Schrittfolge verständigen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

